

Die Institutionalisierung der EU-Verteidigung

Vier Vorschläge zur Stärkung des Politikfelds Verteidigung auf europäischer Ebene

Christian Fischbach und Sebastian Seidel

„Wir wollen Europa stark machen – auch in handfesten militärischen Fähigkeiten“, betonte die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer Regierungserklärung vom 24. Juli 2019 und bestärkte damit die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit Europas. Dass sie mit diesem Gestaltungswillen nicht allein in Europa ist und das Politikfeld Verteidigung seit 2016 zunehmend an Aufmerksamkeit auf europäischer Ebene gewinnt, zeigen die gemeinsamen Bemühungen. So konnten mit dem Coordinated Annual Review on Defence (CARD), der Permanent Structured Cooperation (PESCO) und dem European Defence Fund (EDF) wichtige instrumentelle und prozessuale Meilensteine angestoßen werden. Sie bilden die Basis der Europäischen Verteidigungsunion.

Nach der Wahl des Europäischen Parlaments und der anstehenden Neubildung der Europäischen Kommission ist zu erwarten, dass das Politikfeld Verteidigung auch im Sinne einer angemessenen institutionellen Abbildung weiterentwickelt wird.

Gegenwärtig werden in der sicherheitspolitischen Community viele Ideen diskutiert, um diese Institutionalisierung voranzutreiben. Vier davon möchten wir im Folgenden vorstellen, da sie nach unserer Meinung zu einer angemessenen institutionellen Verankerung des Politikfeldes beitragen würden. So könnte

- in der Europäischen Kommission ein Kommissar und eine Generaldirektion für Sicherheit und Verteidigung (DG SecDef) eingerichtet werden,
- im Europäischen Parlament ein Vollausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) etabliert werden,
- im Rat der Europäischen Union der Rat für auswärtige Angelegenheiten durchgängig um den Bereich Verteidigung erweitert werden sowie
- im Europäischen Auswärtigen Dienst

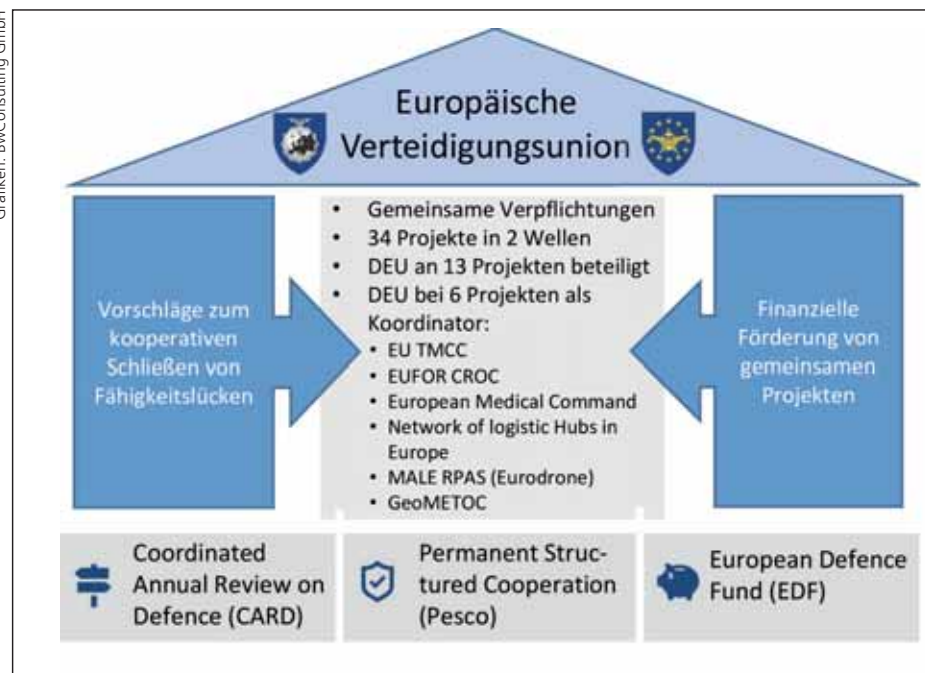
ein zivil-militärisches Koordinierungselement (CMCO) etabliert werden.

Generaldirektion Sicherheit und Verteidigung in der Europäischen Kommission

Gegenwärtig ist das Politikfeld Verteidigung in der Europäischen Kommission

nicht in einer Generaldirektion gebündelt. Teilbereiche von Sicherheit und Verteidigung sind über andere Generaldirektionen verteilt. Zum Beispiel sind Aspekte der Rüstungspolitik dem Binnenmarkt (GROW) zugeordnet, während die Verteidigungsforschung zu den von Rüstungsunternehmen zu erbringenden Fähigkeitsanforderungen in der Direktion

Grafiken: BwConsulting GmbH



EDF, CARD und PESCO bilden die Basis der Europäischen Verteidigungsunion (EVU).

Autor

Christian Fischbach ist Principal und Leiter des Themenfelds Strategie, **Sebastian Seidel** Manager bei der BwConsulting GmbH.

Forschung und Innovation (RTD) angesiedelt ist. Ein amtierender Kommissar für die Sicherheitsunion, die hier vor allem die innere und weniger die äußere

Ein Vollausschuss Sicherheit und Verteidigung würde eine deutlich einflussreichere und aktivere Rolle als der aktuelle Unterausschuss spielen. Zudem bildet er

Zivil-militärisches Koordinierungselement im Europäischen Auswärtigen Dienst

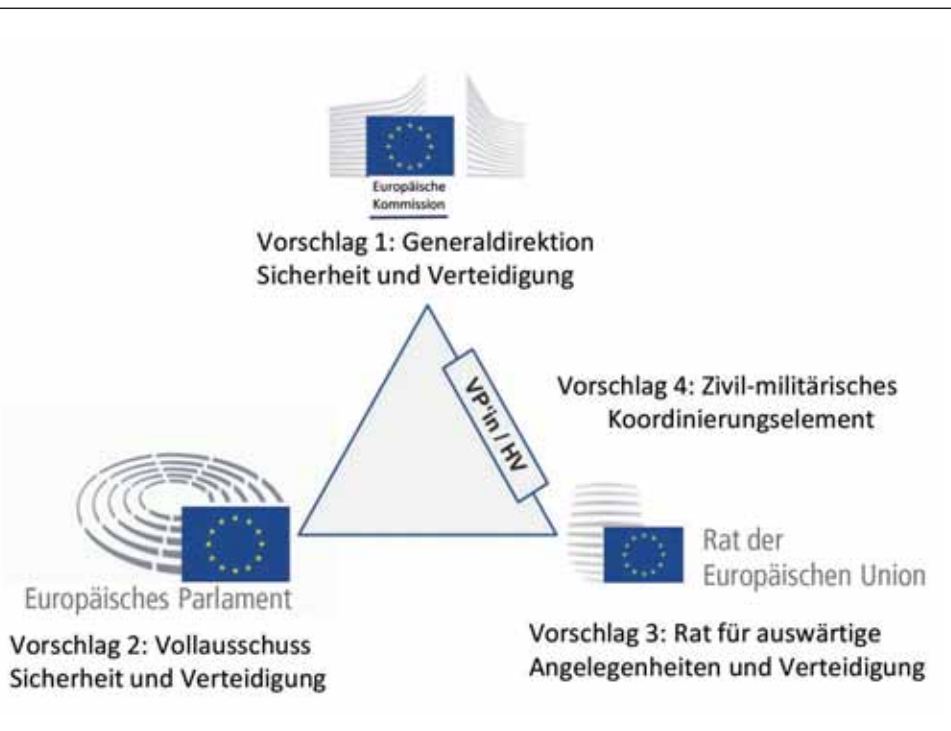
Derzeit ist die Führungsfähigkeit von Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik über drei Instanzen innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes aufgeteilt: Die Fähigkeit zur militärischen Planung und Operation (Military Planning and Conduct Capability, MP-CC) stellt eine einheitliche militärische Befehls- und Führungsstruktur außerhalb des Einsatzgebietes, die Fähigkeit zur zivilen Planung und Operation (Planning and Conduct Capability, CPCC) führt die zivilen Missionen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Gemeinsame Zelle für die Koordination von Unterstützungsaufgaben (Joint Support Coordination Cell, JSCC) bringt zivile und militärische Expertise auf strategischer Ebene zusammen.

Ein permanenter Zusammenschluss dieser Zellen in einem zivil-militärischen Koordinierungselement würde eine Führungsfähigkeit und damit Effektivität im vernetzten Ansatz gewährleisten. Eine darüber hinausgehende Weiterentwicklung kann zu einer europäischen Führungsstruktur auf strategischer, operativer und taktischer Ebene führen.

Fazit

Die vier genannten Vorschläge stellen eine kleine, aber wichtige Auswahl dessen dar, was institutionell auf europäischer Ebene zur institutionellen Weiterentwicklung des Politikfeldes Verteidigung umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig sollte man sich jedoch nicht nur auf eine stärkere Institutionalisierung des Politikfeldes Verteidigung beschränken, um Europa verteidigungsfähiger zu machen.

Die im zweiten Halbjahr 2020 anstehende deutsche Ratspräsidentschaft bietet ein gutes Momentum für Deutschland, um einige dieser und weitere Maßnahmen einzubringen und umzusetzen. Auf diese Weise würde Europa auch zu einem stärkeren Partner innerhalb der NATO werden, so wie es John F. Kennedy bereits vor fast 50 Jahren mit seinem Zwei-Säulen-Konzept forderte: „We see in such a Europe a partner with whom we can deal on a basis of full equality in all the great and burdensome tasks of building and defending a community of free nations.“ ■



Vier Vorschläge zur Institutionalisierung der EU-Verteidigung

Sicherheit umfasst, bündelt zwar einige relevante Themen, ihm untersteht aber keine Generaldirektion.

Sicherheit und Verteidigung als eine eigene Generaldirektion würde dem Aspekt der Verteidigung stärkeres Gewicht und durch ein eigenes Budget im mittelfristigen Finanzplan mehr Durchschlagkraft verleihen. Andere Politikfelder zeigen: Echte Kohärenz der nationalen Politiken wird nur durch die Bündelung veraltungspolitischer Aktivitäten in einer Generaldirektion erreicht.

Vollausschuss Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament

Aktuell existiert im Europäischen Parlament ein Unterausschuss zu Sicherheit und Verteidigung (SEDE). Unterausschüsse werden, vergleichbar mit nichtständigen Sonderausschüssen im Deutschen Bundestag, eingesetzt, um sich in Zuarbeit und Entscheidungsvorbereitung für einen Vollausschuss fachspezifischen Fragen zu widmen. Ein Vollausschuss dagegen erarbeitet Legislativvorschläge durch die Annahme von Berichten, kann dem Plenum Änderungsanträge zu eingebrachten Initiativen vorlegen und Rechtsverhandlungen mit dem Europäischen Rat führen.

das ordentliche legislative Pendant zur exekutiven Generaldirektion Sicherheit und Verteidigung.

Rat für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung im Rat der Europäischen Union

Gegenwärtig werden im Rat für auswärtige Angelegenheiten nur anlassbezogen Themen der Verteidigung behandelt. Der Verteidigung sollte aber ein stärkeres Gewicht in der Europäischen Verteidigungsunion zukommen, weswegen eine Erweiterung des Gremiums zu einem Rat für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung ein wichtiges Signal wäre und ein starker Schritt in Richtung eines Europäischen Sicherheitsrates. Ein Wechsel vom Einstimmigkeitsprinzip zu einer Qualifizierten Mehrheit würde außerdem zu einem entscheidungsstärkeren Gremium beitragen. Dies wäre kein Novum, da das Prinzip der Qualifizierten Mehrheit ohnehin bereits in circa 80 Prozent der Fälle im Rat der Europäischen Union Anwendung findet. Ein solcher ständiger Rat könnte sich im Sinne des vernetzten Ansatzes mit zivilen und militärischen Operationen befassen.